



HESSISCHER LANDTAG

03. 08. 2021

Kleine Anfrage

Torsten Felstehausen (DIE LINKE) vom 17.06.2021

Entsorgung der Abfälle aus der Kaliproduktion: Stand der Genehmigungen für die Laugeneinstapelung

und

Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Am 11.12.2020 gab die Mehrheit im Hessischen Landtag ihre Zustimmung zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier. Der Staatsvertrag soll einen neuen Entsorgungsweg der Hessischen Kaliindustrie, die Einstapelung von Salzlauge in die Grube Springen, ermöglichen. Dazu soll die Markscheide zwischen den thüringischen und dem hessischen Kalirevier ein weiteres Mal durchörtert werden.

Vorbemerkung Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Bei dem Vorhaben der Laugeneinstapelung in Teilen der thüringischen Grubenfelder ist das Schutzbedürfnis der in der hessischen Grube Wintershall betriebene Untertagedeponie (UTD) Herfa-Neurode für die Landesregierung von zentraler Bedeutung. Das spiegelt sich auch im Wortlaut des eigens für dieses Vorhaben im Jahr 2020 geänderten Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier wider. In Art. 3 Abs. 2 Satz 2 ist weiterhin das grundsätzliche Verbot formuliert, den Sicherheitspfeiler entlang der Markscheide zwischen den thüringischen und den hessischen Grubenbauen zu durchörtern, zu schwächen oder in diesen hinein Abbau zu betreiben. Art. 3 Abs. 2 Satz 3 enthält nun zwei ausdrücklich aufgeführte Ausnahmen von dem genannten Verbot, insbesondere für die Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen durch Herstellung von zwei Förderbohrungen für die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen zum Transport von salzhaltigen Wässern zwecks Einstapeln im Grubenfeld Springen. Eine weitere wichtige Zulässigkeitsvoraussetzung wurde in Art. 3 Abs. 2 Satz 4 getroffen. Demnach hat die Verbindung so zu erfolgen, dass die Funktion des Sicherheitspfeilers zwischen den hessischen und den thüringischen Grubenbauen nach dem Stand der Technik zuverlässig und dauerhaft gewährleistet ist. Diese Voraussetzungen sind im Rahmen der laufenden Zulassungsverfahren zur Durchörterung und zum Einstapeln zu prüfen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Wie ist der Stand der Genehmigungen für die geplante Durchörterung der Markscheide zwischen dem thüringischen und hessischen Kalirevier?
Wann ist mit dem Abschluss der Arbeiten an der neuen Verbindung zu rechnen?

Zur Durchörterung wurde von K+S auf hessischer Seite ein entsprechender Genehmigungsantrag in Form eines bergrechtlichen Sonderbetriebsplanes zur Zulassung eingereicht. Auf Grundlage dieses Sonderbetriebsplanes erfolgte bisher eine Teilzulassung für vorbereitende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchörterung. Diese Maßnahmen wurden bislang nur außerhalb des Markscheidesicherheitspfeilers durchgeführt und bestehen aus der Herstellung einer untertägigen Zufahrtsstrecke und der Herstellung einer Bohrkammer als Startkammer für die geplanten späteren Bohrungen. Die eigentlichen Durchörterungsbohrungen durch den Markscheidesicherheitspfeiler können erst zugelassen werden, wenn die Zulassungsfähigkeit des Betriebsplans zur Einstapelung von salzhaltigen Wässern im Südwestfeld der Grube Springen gegeben ist. Derzeit stehen noch Antragsunterlagen seitens des Unternehmens aus.

Über das in diesem Zusammenhang erforderliche hessische Einvernehmen bezüglich des Vorhabens der Einstapelung im Südwestfeld der Grube Springen kann dann entschieden werden, wenn

die in Thüringen einzureichenden Antragsunterlagen vervollständigt und der hessischen Bergbehörde zur Verfügung gestellt wurden sowie die Prüfung dieser vollständigen Unterlagen - unter Einbeziehung der beauftragten Behördengutachter - ergeben hat, dass die Barrierefunktion des Markscheidesicherheitspfeilers trotz der einzustapelnden Salzwässer zuverlässig und dauerhaft gegeben ist.

- Frage 2. Welche Genehmigungen müssen für die Laugeneinstapelung in die Grube Springen erteilt werden?
- a) Wie ist der Stand der einzelnen Genehmigungsverfahren für die Laugeneinstapelung in die Grube Springen?
 - b) Wann rechnet die Hessische Umweltministerin mit der Erteilung der Genehmigung?

Zu Frage 2 a: Die geplante Einstapelung von aufkonzentrierten Prozesswässern im Südwest-Feld Springen ist mit der 7. Ergänzung des Abschlussbetriebsplans für das Bergwerk Merkers/Springen bei der Thüringer Bergbehörde als zuständiger Behörde im August 2020 beantragt worden. Hierfür wird vom Freistaat Thüringen ein bergrechtliches Zulassungsverfahren durchgeführt. In dem Zulassungsverfahren ist gemäß des zwischen Hessen und Thüringen geltenden Staatsvertrags das hessische Einvernehmen erforderlich (siehe auch Antwort 1.a.).

In dem Zulassungsverfahren sind u.a. aufgrund von Nachforderungen der hessischen Bergbehörde mit Schreiben vom 9. November 2020 Ergänzungen der Antragsunterlagen erforderlich. Diese Unterlagen sind von K+S noch nicht vorgelegt worden.

Auf hessischer Seite wurden im Zusammenhang mit der geplanten Einstapelung verschiedene Einzelgenehmigungen erteilt, die sich auf die Schaffung einer Infrastruktur für das untertägige Salzwassermanagement beziehen. Es handelt sich hierbei um Schachtfalleitungen, untertägige Transportleitungen für die angestrebte spätere Beförderung der aufkonzentrierten Prozesswässer sowie untertägige Zwischenspeicher. Die Projekte sind auf hessischer Seite größtenteils umgesetzt. Bei der Zulassung dieser Einzelvorhaben wurde von hessischer Seite jeweils darauf hingewiesen, dass hieraus keine positive Grundsatzentscheidung für das Einstapelvorhaben abgeleitet werden kann.

Zu Frage 2 b: Hierzu können zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Ausführungen gemacht werden. Der Zeitpunkt der Entscheidung hängt insbesondere davon ab, dass die Planungsunterlagen vollständig sind und die fachlichen und rechtlichen Anforderungen für die Zulassung der Einstapelung erfüllen. Derzeit stehen wesentliche Antragsunterlagen noch aus.

- Frage 3. Welcher Teil der Grube Springen soll nach den Antragsunterlagen von K+S zuerst befüllt werden?
- a) Soll die Lauge, z.B. für den Fall unvorhergesehener Probleme oder einer weiteren Rohstoffverwertung aus den Reststoffen, rückholbar eingestapelt werden?
 - b) Wann kann voraussichtlich mit der Laugeneinstapelung begonnen werden?
 - c) Wie lange reicht K+S das beantragte Einstapelvolumen für die Salzabwasserentsorgung und wann ist mit einem Folgeantrag zu rechnen?

Zu Frage 2 a: Gegenstand des derzeitigen Antrags ist allein die dauerhafte Einstapelung von aufkonzentrierten Prozesswässern im Südwest-Feld der Grube Springen.

Zu Frage 3 b: Ob und wann eine antragsgemäße Einstapelung erfolgen kann, hängt von der Qualität der noch einzureichenden ergänzenden Unterlagen und vom Ergebnis der Prüfung ab, ob die für die Zulassung erforderlichen fachlichen und rechtlichen Anforderungen erfüllt werden.

Zu Frage 3 c: Das von K+S beantragte Einstapelvolumen im Südwestfeld der Grube Springen beträgt nach Angaben des Unternehmens etwa 5,1 Mio. m³. Für das Einstapeln wird ein Zeitraum von den Jahren 2022 bis 2025 angegeben.

Ob und wann entsprechende Folgeanträge eingereicht werden, kann von der Landesregierung derzeit nicht beurteilt werden.

- Frage 4. Wie groß ist das Risiko, dass K+S nach dem Ende der Versenkung in diesem Jahr und der noch nicht betriebsbereiten Laugeneinstapelung erneut in einen Entsorgungsnotstand gerät?

Dies ist von unterschiedlichsten Randbedingungen abhängig und kann nicht pauschal beantwortet werden.

Wiesbaden, 21. Juli 2021

In Vertretung:
Oliver Conz